

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Dresden und des Schiffsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abbestellung: Die Abbestellung ist schriftlich an den Verlag zu richten. Die Abbestellung ist spätestens 14 Tage vor Ablauf der Abbestellungsfrist zu erfolgen. Die Abbestellung ist für den nächsten Tag zu berücksichtigen. Die Abbestellung ist für den nächsten Tag zu berücksichtigen.



Wie diese Männer, deren Ehre Treue heißt, wird am 10. April das ganze deutsche Volk hinter Adolf Hitler stehen.

Der „Tag des Großdeutschen Reiches“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. April.

Wenn gestern durch die Wiener Rede des Stellvertreters des Führers und durch die Wiener Rede des Führers die Rufbereitschaft auf Oesterreich gerichtet war, so verbleibt es heute, am Vorabend des Tages des Großdeutschen Reiches, das Schwergewicht nach Berlin. Die Reichshauptstadt erlebt heute noch eine Großkundgebung im Berliner Sportpalast. Hier spricht Generalfeldmarschall Göring, dessen Rede von allen deutschen Sendern übernommen wird.

Der Führer verbringt den heutigen Tag in der Stadt seiner Jugend, in Linz. Morgen fährt der Führer dann nach Wien weiter, wo die letzte große Kundgebung stattfindet. Diese morgige Rede des Führers wird bekanntlich auf zahllose Kundgebungen im ganzen Reich übertragen. Schon werden überall in Stadt und Land die Vorbereitungen für diese Kundgebungen am Tag des Großdeutschen Reiches getroffen.

Vor dem Rücktritt der Regierung Blum

Die letzten Stunden des Volksfrontkabinetts - Linksextre gegen den Senat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. April.

Für die Regierung Blum ist der letzte Tag angebrochen. Nach einer vorausichtlich nur sehr kurzen Senatsitzung, in der dieser die Forderung der Regierung nach Vollmachten für die Durchführung der Finanzgesetze entprechend dem gestern gefassten Beschluß seines Ausschusses ablehnen wird, wird die Regierung Blum zurücktreten. Wenn Blum es überhaupt so weit kommen ließ, daß der Senat gegen ihn Stellung nehmen mußte, das heißt, wenn er es nicht vorzog, vorher zurückzutreten, so dürfte dafür maßgebend sein, daß er sich von seinem Kampf gegen den Senat als glückliche Erfolge verspricht.

Schon seit geraumer Zeit bekämpft die sozialdemokratische Presse den ihr so unangenehmen Senat als „reaktionäres Greisenparlament“. Diese Agitation hat gestern bereits Früchte getragen. Es ist zu Straßenkundgebungen gegen den Senat gekommen, bei denen die Demonstranten mit Schlägen und gabelnartigen Gegenständen gegen die Polizei vorgehen, die zum Schutz des Senats eingesetzt waren, und die auch Herr der Lage blieb. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Populaire“, rückt zwar heute von der Kundgebung

ab, weil es sich nicht um eine offizielle Veranstaltung der Partei gehandelt hat. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die ganze Demonstration eine Kundgebung der Partei der marxistischen Blätter gegen den Senat ist.

Die Kommunisten versuchen, die wilde Agitation der Sozialdemokraten noch zu übertrumpfen. Sie fordern in einem Aufruf die Metallarbeiter zu weiteren Streiks auf, reden wieder von der Notwendigkeit einer „Einheitsfront des französischen Volkes gegen den Faschismus“. Dabei gewinnen die Streiks ohnehin an Ausdehnung. Sie machen sich bereits unangenehm für die Kurzarbeiter bemerkbar. So ist eine Firma vom Streik betroffen, die fast allein die Vordankstrahlung der Flugzeuge liefert.

Wer die Nachfolge Blums übernimmt, ist schwer zu sagen. Da darüber gilt im allgemeinen als der kommende Mann, und man will sogar wissen, daß er inoffiziell vom Staatspräsidenten schon den Auftrag erhalten hat, eine neue Regierung zu bilden. Soviel aber auch von einer Regierung der nationalen Konzentration bereits gesprochen worden ist, so scheint es doch nicht, als ob die Verhandlungen inzwischen zu einem Ergebnis geführt haben.

Noch immer keine Aenderung des Prager Systems

Protestschritt der Sudetendeutschen im Abgeordnetenhaus

Prag, 8. April.

In der Donnerstagssitzung des Prager Abgeordnetenhauses, der letzten Sitzung vor den Parlamentsferien, kamen die Gesetze über die Rotten der städtischen Flugabwehr und der zwanzeiweligen Abgabe von Staatspapieren für die Geldanstalten zur Abstimmung.

Vor der Abstimmung über den zweiten Gesetzesentwurf gab der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Abgeordneter Rundi, folgende Erklärung an:

„In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei und der Karpatendeutschen Partei teile ich mit, daß der Abgeordnetensklub mit Rücksicht darauf, daß die kritische Rede des Finanz-

ministers, die dem Parlament unterbreiteten Vorlagen, die Senaturpraxis und vieles andere immer noch keinen guten Willen der Reichstagspartei zum raschen Wenden des Systems gegenüber dem Sudetendeutschtum beweisen, auf Protest an der heutigen Abstimmung nicht teilnimmt.“

Nach dieser Erklärung verließen die Abgeordneten der Sudetendeutschen und der Karpatendeutschen Partei geschlossen den Saal. Vorher hatte sich der sudetendeutsche Abgeordnete Dr. Peter in einer Rede eingehend mit der Gesetzesvorlage befaßt und warmherzig festgestellt, daß man auf tschechischer Seite die Lage immer noch verkennet und unnötig gegen das Sudetendeutschtum schreit. Ein Teil seiner Rede wurde von der Parlamentarischen Kurie beschlagnahmt.

leben, wollen oder können diese unentwerteten Deber nicht begreifen; auch die Mitglieder der Arbeiterfraktion im Unterhaus können es anscheinend nicht begreifen. Jedenfalls läßt sich verschiedene Linksabgeordnete veranlassen, den Finanzminister Sir Samuel Hoare über die Abstimmung auf dem „Wilhelm Gustloff“ zu interpellieren. Sir Samuel Hoare wußte jedoch nichts anderes zu erwidern, als daß diese Abstimmung „einseitig“ sei. Einseitig ist sie gewiß — so einseitig, daß viele Engländer sie einfach nicht begreifen. Sie können sich nicht vorstellen, daß, wenn sie im Ausland lebten, ihre Regierung ihnen einen Dampfer schicken würde, um ihnen die Möglichkeit zur Ausübung ihres Stimmrechtes zu geben. Ein demokratischer Staat tut so etwas nicht. In diese Stimmgenossen mißt sich aber auch außerhalb der Linkskreise eine immer deutlicher werdende Hochachtung vor dem autoritären Staat, der für seine alten und neuen Angehörigen solche Opfer bringt.

Von Paris nach Saarbrücken

Unter den Reichsdeutschen und den deutschen Volksgenossen aus Oesterreich, die in Paris anlässlich der seit einigen Tagen feststimmten, seitdem feststehenden, daß allen Deutschen und Oesterreichern in Paris die Möglichkeit gegeben ist, zur Volksabstimmung nach einer deutschen Stadt, nämlich nach Saarbrücken zu fahren. In lieberhafter Arbeit haben in wenigen Tagen die Volkspartei und die Parteiellen die Vorbereitungen zu dieser Reise getroffen. Am Donnerstag hatten sich bereits annähernd 700 Volksgenossen für die Reise nach der deutschen Saarstadt gemeldet. Die deutschen Volksgenossen werden in drei Gruppen reisen. Die erste Gruppe, in der sich 180 deutsche Arbeiter befinden, die gegenwärtig beim Abbau des deutschen Pavillons auf der letztjährigen Pariser Weltausstellung beschäftigt sind, verläßt bereits am Sonnabendmorgen die Seinebrücke, um nach die Schiffsfelder und deutsche und französische Kriegesriedhöfe bei Verdun zu besuchen. Die zweite und größte Gruppe verläßt am Sonnabendnachmittag Paris im Sonderzug, um direkt nach Saarbrücken zu fahren. Die am Sonnabend nichtabstimmlichen Volksgenossen werden am Sonntagmorgen nach der deutschen Saarstadt eilen.

Außerordentliche Organisation in Italien

Die Vorbereitungen für die große Volksabstimmung werden auch unter den in Italien anwesenden Deutschen mit lieberhafter Eifer betrieben. Alle Parteibüros stellen sich den Reichsvertretungen zur Verfügung, um bis spät in die Nacht hinein Stimmzettel an die Wahlberechtigten auszugeben. Für die Wahl selbst wurde das spanische Mittelmeererschwarzer der deutschen Kriegsmarine zur Verfügung gestellt, dessen Einheiten auf die verschiedenen italienischen Häfen verteilt werden. Die 2000 Romdeutschen begeben sich, soweit sie nicht in eigenen Verkehrsmitteln fahren, in zwei Sonderzügen nach Gaeta, um an Bord des Panzerschiffes „Admiral Smeer“ ihre Stimme abzugeben, ebenso die deutschen Einwohner von Neapel. Die in Palermo wohnhaften Deutschen können an Bord eines im Hafen dieser Stadt ankernden Torpedobootes ab, die in Catania und Messina wohnhaften in einem im Hafen von Messina liegenden Torpedoboot. Die deutschen Bewohner der Städte des westlichen Teiles der Poebene und die in Genua und San Remo wohnenden werden an Bord eines in Genua anlaufenden Torpedobootes abstimmen. Die deutschen Volksgenossen in Lissabon stimmen auf einem deutschen Kriegsschiff in Lissabon ab. Die Reichsdeutschen und die früheren Oesterreicher, die in Verona und Merano wohnen, werden nach Innsbruck geschickt, jene von Triest, Venedig und von Padua nach Villach. So hat jeder in Italien anwesende Deutsche auf einer hervorragenden Organisation die Möglichkeit, auch persönlich an dem großen weltgeschichtlichen Abstimmungsonntag teilzunehmen.

Abgeordnetenshaus gegen Roosevelt

Washington, 8. April.

Das Repräsentantenhaus, das sich bereits seit mehreren Tagen mit der vormaligen Vorlage Roosevelts zur Neuorganisation der Bundesverwaltung befaßt, nahm am Donnerstag mit 161 gegen 118 Stimmen eine Entschließung an, derzufolge sich der Kongreß das Recht vorbehält, jede beliebige Maßnahme, die Roosevelt auf Grund des Gesetzes zur Neuorganisation der Bundesverwaltung ergriffen, durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß als unwirksam zu erklären.

1938
r Ihnen
rgungen
wird
enzen,
proce-
erwerk
paar
UND
hender
R
es
chmal
M
Zeit
Luf
Liffen
ab
Jahr
wird
men
men!
Be-
rian
een!
den
Uhr